

Wahlkampfillusion: schneller Aufschwung

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ist vor allem durch Unsicherheit und gegenüber den Chancen durch größere Risiken gekennzeichnet. Eigentlich müsste sich die Diskussion um die angemessene Wirtschaftspolitik auf die Bekämpfung der aktuellen und absehbaren Arbeitslosigkeit konzentrieren: Fehlanzeige bei den vorherrschenden Ökonomieräten sowie der Mehrheitsparteien im Bund. Während die Wirtschaft hochgerechnet für das gesamte Jahr im zweiten Vierteljahr gegenüber dem Vorjahresquartal noch unter dem schwersten Absturz mit 7,1% ächzt, werden schon wieder Aufschwungillusionen verbreitet. Anlass bietet die schlichte Mitteilung des Statistische Bundesamts: Gegenüber den ersten vier Monaten in diesem Jahr ist im zweiten Quartal erstmals wieder die Güter- und Dienstleistungsproduktion real um 0,3% gewachsen. Vergleichbar einem peinlichen Induktionsschluss wird dieses Miniwachstum als ein Signal für einen am Ende gar noch nachhaltigen Konjunkturaufschwung missgedeutet. Die wachsenden Optimismuspunkte beim Ifo-Geschäftsklimaindex sowie beim Index für die aktuell diagnostizierte Konsumlaune heizen die erwartete Konjunkturtemperatur an. Dabei wird die Diskrepanz zwischen den Hurrmeldungen über die deutsche Wirtschaft und die real-ökonomischen Risiken verdrängt. Rhetorischer Optimismus soll wachstumstreibendes Vertrauen erzeugen. Jedenfalls sind die abgefragten Erwartungen zur künftigen Entwicklung aus der Sicht der Unternehmen und Konsumenten nicht unabhängig von den krampfhaft produzierten Positivmeldungen. Die Psychologie der Vertrauensbildung, die bereits Ludwig Erhard ursächlich nicht begriffen hat, ist doch vor allem im aktuellen Bundestagswahlkampf stärker geprägt durch die Beschwörungsrhetorik als durch harte ökonomische Fakten. Dazu tragen auch die voreiligen Korrekturen bei den Prognosen zur Wachstumsrate durch die Instituts- und Bankenökonomien bei. Da haben die Prognostiker noch nicht einmal ihr Versagen bei der Vorhersage zur jüngsten Krise begriffen, da wird schon wieder flugs aus einer Zuwachsrate mit 0,3% in der Schätzzone der Stagnation ein Zeichen des einsetzenden Aufschwungs. Auch voreilige Korrekturen der Prognosen zum Arbeitsmarkt gehören dazu. Von den Horrorszenarien bleibt eine Verharmlosung der drohenden Jobverluste übrig.

Ziemlich sicher ist, dass der Absturz der Wirtschaft, der bereits im Frühling 2008 einsetzte, in diesem Sommer gestoppt werden konnte. Von einem dem V-Muster folgenden Aufstieg aus der tiefen Rezession kann jedoch keine Rede sein. Wegen der Risiken ist von einer W-Konjunktur nach dem Waschbrettmuster auf deutlich niedrigem Produktionsniveau auszugehen. Nouriel Roubini, Starökonom in den USA, sieht durchaus auch die Gefahr eines Rückfalls in eine zweite Weltrezession. Ob es dazu kommen wird, ist ungewiss. Umso wichtiger ist es, die Chancen und Risiken offenzulegen und in den letzten Wochen vor der Bundestagswahl über eine erfolgreiche Politik für Arbeit, Umwelt und soziale Gerechtigkeit zu streiten. Denn klar ist, neoliberale Politik durch Lohnverzicht und Steuerentlastungen für die Unternehmen ist Gift für Arbeitsplätze und soziale Gerechtigkeit. Eine gestaltenden Politik muss an folgenden Risiken ansetzen:

- Selbst die viel zu wenig gezielten Konjunkturprogramme konnten den weiteren Absturz verhindern. Jetzt gilt es, mittelfristig mit öffentlichen Investitionen die Binnenwirtschaft, vor allem auch die lokale Wirtschaft, zukunftsorientiert zu stärken.

- Da viele Banken in einer zweiten Welle ihrer Krise die Wirtschaft durch eine unzureichende Kreditvergabe in die Insolvenz treiben, muss der Staat vor allem die durch ihn unterstützten Banken in die Pflicht nehmen und über die Kreditanstalt für Wiederaufbau an den sog. Hausbanken vorbei die Fremdfinanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen erleichtern.
- Ein Rückzug der Europäischen Zentralbank aus einer expansiven Geldpolitik würde die Ablösung vom Tiefpunkt der Konjunktur belasten. Nicht wachsende Inflationsgefahren, sondern einen deflationären Verfall der Preise wegen massiver Überkapazitäten gilt es zu verhindern.
- Da die verbreitete Konsumlaune, die zum Großteil auf die Abwrackprämie – 23% Zuwachs an Kfz-Zulassungen im Halbjahr 2009 – und die niedrigen Preise auf breiter Front keine nachhaltige Substanz hat, muss die private Kaufkraft durch einen Anstieg der effektiven Reallöhne, die Anhebung sozialer Leistungen der Krisenopfer sowie die Stabilisierung der Jobperspektiven zur Vermeidung von Angstsparen gestärkt werden.
- Nicht nur im Nachgang zum Absturz der Produktion gilt es, hier und heute die Arbeitslosigkeit grundsätzlich und dauerhaft zu bekämpfen. Nach der Bundestagswahl drohen heute schon einzelne Unternehmensbosse mit dem Umschalten von Kurzarbeit auf Entlassungen. Die Regelung für Kurzarbeit muss verlängert, vor allem aber über die Stärkung der Binnenwirtschaft sollten Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden.

An dieser Agenda zur Stabilisierung einer ökologisch nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung sowie der Vermeidung von Arbeitslosigkeit sollten die Parteiprogramme zur Bundestagswahl gemessen werden. Denn die Gefahr ist groß, dass nach dem Kassensturz eine konservativ-bürgerliche Bundesregierung zum neoliberalen Dogma des Sozialabbaus sowie deregulierter Arbeitsmärkte und völlig unzureichend regulierter Finanzmärkte zurückkehren wird.